

# Auer Tageblatt

Veröffentlichungen werden im Anzeiger  
mit der Nummer 1 bis 1000  
abgegeben. — Preis 10 Pfennig.  
Verleger: Auer Verlag Nr. 23.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag Nr. 23  
Verlagsschreiberei für den Anzeiger  
in Leipzig Nr. 23  
Verlagsschreiberei für den Anzeiger  
in Leipzig Nr. 23

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 226

Sonntag, den 27. September 1925

20. Jahrgang

### Mündliche Uebermittlung der deutschen Antwort.

Konferenz am 5. Oktober in Luzern. — Die Länder zu den Beschlüssen des Reichskabinetts.

Berlin, 25. Sept. Die Mitteilung der deutschen Antwort an die Alliierten auf die Einladung zur Sicherheitskonferenz wird am Sonnabend erfolgen, und zwar, wie der „Berliner Volksanzeiger“ wissen will, nicht in der Form einer Note, sondern als mündliche Mitteilung der deutschen Botschafter an die Regierungen der in Frage kommenden Länder. Als Tagungsort soll Luzern und als Beginn der Konferenz der 5. Oktober vorgeschlagen werden.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts sind gestern von den Vertretern der Länder erörtert worden. Ueber das Ergebnis der Aussprache wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

In der Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder, in der sich die außenpolitische Aussprache bis in die Nachmittagsstunden erstreckte, ergriffte zunächst der Reichsaussenminister einen eingehenden Bericht. Im Laufe der umfassenden Erörterung, in der auch der Reichsfanzler mehrfach das Wort ergriff, wurde einstimmige Zustimmung zu dem Entschluß der Reichsregierung festgestellt, die internationale Zusammenkunft in der Schweiz zu beschicken.

An der Konferenz haben der preussische Ministerpräsident Braun, die Ministerpräsidenten Heß (Bayern) und Heß (Sachsen), Staatspräsident Heßpach (Baden), Staatspräsident Ulrich (Hessen), die Bürgermeister Petersen (Hamburg), Donandt (Bremen) und Neumann (Lübeck), die Ministerpräsidenten Deutscher (Thüringen),

Marquardt (Braunschweig) und v. Hinz (Oldenburg), ferner die Vertreter von Lippe, Schaumburg-Lippe, Sirelig und Waldeck teilgenommen.

Die vorläufige Teilnehmerliste für die Konferenz.

Soweit bisher feststeht, werden sich am grünen Beratungstisch der großen Ministerkonferenz die folgenden Vertreter der beteiligten Mächte gegenüberfinden:

Für Deutschland: Reichsfanzler Dr. Luther, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, Staatssekretär Dr. Schubert, Ministerialdirektor Gaus, als Pressescheff Ministerialdirektor Kiep.

Für Frankreich: Außenminister Briand, Ministerialdirektoren Berthelot, Framageot und Massigli, als Pressescheff der Leiter des französischen Propagandabüros, der bekannte Dichter Giraudoux.

Für England: Außenminister Austen Chamberlain, Sir Cecil Hurst, gerichtlich verurteilt auch von einer Teilnahme Winston Churchills.

Für Belgien: Minister des Aeußeren Vandervelde, Rechtsbeirat Rolin.

Für Italien: Delegationsführer Mussolini (?) oder Scialoja und Grandi.

Rom, 25. Sept. In einem Vortragsartikel des „Messaggero“, der sich mit dem Beschluß der deutschen Regierung, die Einladung der Alliierten zu Verhandlungen über die Sicherheitsfrage anzunehmen, beschäftigt, wird mitgeteilt, daß

Mussolini an der Ministerkonferenz nicht teilnehmen werde, da zu dem für die Konferenz vorgesehenen Termin der faktische Große Rat in Rom tagt.

### Internationale Gerechtigkeit.

Von Dr. Kötig, W. d. R.

Das Problem des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund drängt zur Entscheidung. Von ausschlaggebender Bedeutung dabei ist die Einstellung der öffentlichen Meinung in Deutschland. Ein großer Teil des deutschen Volkes ist bereit, sich mit dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde abzufinden, weil er notwendig ist, um eine notwendige Etappe auf dem Wege zu dem großen Ziele der Völkerbündigung und des friedlichen Ausgleichs der im Zusammenleben der Nationen sich naturgemäß ergebenden Interessenkonflikte. Wenn trotz der schweren Enttäuschungen, die Deutschland von der bisherigen Tätigkeit des Völkerbundes erfahren hat, doch in den besonnenen Kreisen der politisch denkenden Volksschichten Gerechtigkeit besteht, dem Völkerbunde beizutreten, so doch nur deshalb, weil sie glauben, daß Deutschland innerhalb des Völkerbundes seine Interessen wirksamer zur Geltung bringen kann, als ohne die Möglichkeit unmittelbarer Einflusses. Voraussetzung hierfür ist, daß der Wandel, der in der „Wertigkeit“ des Völkerbundes seit Tagen vor sich gegangen ist, als in ihm die Alleinherrschaft des Poincarismus durch MacDonald und Herriot überwunden wurde, sich von Bestand erweist. Leider haben sich in der letzten Zeit begründete Zweifel an der Beständigkeit dieses Wandels eingestellt, und zwar auf Grund der Entscheidung des Völkerbundes in der Danziger Postfrage. Die Ungleichheit erscheint, im großpolitischen Rahmen betrachtet, an sich unbedeutend, bekämpft aber bei grundsätzlicher Würdigung ein ganz anderes Gesicht.

„Die freie Stadt Danzig wird unter den Schutz des Völkerbundes gestellt.“ Mit diesem lapidaren Satz liefert Artikel 102 des Versailler Vertrags Danzig dem Völkerbund auf Gnade und Ungnade aus. Sollte man Danzig den Polen ausliefern, dann hätte man einfachere Rezepte dafür gehabt. In Wirklichkeit sollte der „freien“ Stadt Danzig ein eigenes Hoheitsrecht, eine eigene wirtschaftliche Existenz und ein eigenes nationales Dasein gewährleistet werden. Die Zulassung der polnischen Post in dem von der Entscheidung des Völkerbundes umschriebenen Umfange widerspricht dem in jeder Beziehung, und wenn der Völkerbund den Beweis hätte erbringen wollen, daß er auch jetzt noch nicht zu einem Fortschritt der internationalen Gerechtigkeit sich entwickelt hat, so hätte er ihn nicht bländiger erbringen können, als durch die Danziger Postentscheidung.

Der Völkerbund stützt seine ganz im Sinne der polnischen Bestrebungen getroffene Entscheidung auf ein Sachverständigengutachten. Die Sachverständigen tagten zunächst in Danzig und verhandelten mit dem Danziger Senat. Der Vertreter Polens wurde bei diesen Verhandlungen zugelassen. Hiergegen wäre an sich nichts einzuwenden. Aber von Danzig führen die Sachverständigen nach Warschau und hielten sich dort Instruktionen von der polnischen Regierung in Verhandlungen, zu denen ein Vertreter Danzigs nicht zugelassen wurde. Damit aber nicht genug. Als Danzig seine Einwendungen gegen das Sachverständigengutachten in mehrfachen wohlbegründeten schriftlichen Darlegungen erhob, bekam es die klassische Antwort: „Der Ausschuss hält es nicht für notwendig, die Gründe anzuführen, aus denen er der Ansicht war, die Einwände Danzigs nicht anzuerkennen.“ Wenn die internationale Rechtsprechung des Völkerbundes auf derartigen Substanten fußt, wird sie niemals sich den Ruf der Objektivität erwerben können. Wie in der Wollulfrage der Völkerbund zweifellos der Verantwortung für eine ihm unangenehme Entscheidung ausgewichen ist, so hat er in der Danziger Frage das unangenehme Polens beschuldigen wollen, denn Danzig unwillig war weniger gefährlich als der Polen, dessen gute Laune vor allem Frankreich braucht. Wenn nach Verkündung der Entscheidung im Völkerbund die Franzosen dem polnischen Minister Straßburger glückwünschend die Hand drückten, dann ist das charakteristisch für die psychologischen Zusammenhänge dieser Angelegenheit.

Die neue Regierung in Danzig hat in lautmaler Weise ihren ersten Willen bekundet, mit Polen ige Beziehungen zu unterhalten. Das Vertrauen Danzigs in den Völkerbund als den Garant der normaler Beziehungen zwischen Danzig und Polen ist durch die Postentscheidung natürlich auf das schwerste erschüttert. Kurz über hinaus aber bedeutet dieser Spruch des Völkerbundes einen schweren Rückschlag in die Methoden des von Poincaré inszenierten Völkerbundes, dem nicht das Recht, sondern die Gewalt das Gesetz des Handelns war. Das deutsche Volk hat selber keine Möglichkeit gehabt, unmittelbar zugunsten Danzigs zu wirken, da es als ein noch außerhalb des Völkerbundes stehendes Volk weder auf den Völkerbund noch auf die Völkerbundsversammlung irgendwie einwirken kann.

### Die Rückgabe Tonos und Kameruns.

Genf, 25. Sept. Die Mitteilung der belgischen Zeitung „Le Peuple“, England beabsichtige einen Teil seiner Mandatsgebiete, die früher Deutschland gehörten, insbesondere Togo und Kamerun, Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund zurückzugeben, hat in Völkerbundkreisen lebhaftes Aufsehen erregt. Die britische Delegation lehnt jede Neuherung hierüber ab.

In neutralen Kreisen wird mit einer gewissen Ironie darauf hingewiesen, daß die Großmächte heute bereits soweit seien, Deutschland für seinen Eintritt in den Völkerbund zu beglücken, nachdem sie sich Jahre lang der deutschen Zulassung widersetzt haben. Je länger Deutschland sich zurückhält, desto größer sei der Preis, der bezahlt werden würde. Die Anschauung, daß ohne Deutschland der Völkerbund seine Aufgaben nicht mehr erfüllen könne, ist nach dem traurigen Verlauf der diesjährigen Völkerbundsversammlung Allgemeingut geworden.

### Englands Befriedigung über Deutschlands Zusage.

London, 25. Sept. Die Berliner Meldung, daß das Reichskabinett beschlossen hat, die Einladung der Alliierten zu einer Waffonferenz anzunehmen, hat in hiesigen maßgebenden Kreisen lebhaftes Befriedigung hervorgerufen. Man gibt der Hoffnung Ausdruck, es werde sich bestätigen, daß an die Erklärung der Annahme keine Vorbehalte geknüpft werden, denn dadurch könnte höchstens eine neue Verzögerung bewirkt werden, was in jeder Beziehung bedauerlich wäre. Schließlich habe ja jeder Delegierte die Möglichkeit, das, was er vorzubringen wünsche, auf der Konferenz selbst zu sagen. Zu der verschiedentlich ausgesprochenen Vermutung, die Konferenz werde nur vorläufigen Charakter besitzen und es werde ihr eine Hauptkonferenz folgen, wird erklärt, daß dafür nicht das geringste Anzeichen besteht und daß dies vom britischen Standpunkt besonders unerwünscht wäre, da britische Minister in diesem Jahre so wie so wiederholt und lange Zeit von England abwesend waren. Die Juristen hätten bei ihrer Londoner Besprechung gute Arbeit geleistet und eine erhebliche Zahl technischer Fragen geregelt. Es sei also nicht einzusehen, warum die Arbeiten der Konferenz keinen abschließenden Charakter haben sollten.

Auch die Pariser Presse verzeichnet mit Befriedigung die Annahme der alliierten Einladung durch Deutschland. Gauswein hat im „Matin“ als bemerkenswertes Faktum hervorgehoben, daß die deutschen Unterhändler bei den bevorstehenden Verhandlungen durch die Autorität des Reichspräsidenten Hindenburg gebot sein würden.

### Die Preisentzugsaktion der Reichsregierung.

Berlin, 25. Sept. In Ergänzung zu der Meldung über die gestrige Nachmittagsitzung der Minister- und Staatspräsidenten der Länder, in der mit der Reichsregierung über die Maßnahmen zur Preisentzug beraten wurde, weiß das „Berliner Tageblatt“ mitzuteilen, daß das Reichswirtschaftsministerium mit dem Studium der Kartellgesetzgebung des Auslandes beschäftigt ist, um wenn nötig auch in Deutschland die Kartellverordnung zu verschaffen. Auch wird im Reichswirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf über die Offenbarungspflicht bei Beratungen zu öffentlichen Verhandlungen vorbereitet. Wie das Blatt weiter hört, soll sich auf die Reichsregierung bei ihrem Bemühen um den Abbau der Preise vor allem auf die Preisprüfungsstellen stützen, welche der Exekutiv der Länder unterstehen. Es soll vor allem dafür gesorgt werden, daß sich die Herabsetzung der Umsatzsteuer voll auswirkt.

### Reden über die Zustände im besetzten Gebiet sind verboten!

Karlruhe, 25. Sept. Wie von hiesiger zuständigen Stelle verlautet, hatte Staatspräsident Dr. Heßpach die Absicht, dem am 27. September stattfindenden Heimtag der Stadtgemeinde Rehl beizuwohnen, um mit den Bewohnern des besetzten Gebietes in persönliche Beziehungen zu treten. Der Delegierte der interalliierten Rheinlandkommission hat nunmehr dem Landrat in Rehl gegenüber erklärt, er habe von der interalliierten Rheinlandkommission den Auftrag, dem Staatspräsidenten zu eröffnen, daß eine Rede mit Anspielungen auf die politischen Zustände in den besetzten Gebieten, wie sie der Staatspräsident kürzlich beim Karlruher Heimtag gehalten habe, in Rehl nicht gebildet werden könne. Der Staatspräsident hat daher die Absicht, dem Heimtag beizuwohnen, aufgegeben.

### Zur Lage in Syrien.

Damasus, 25. Sept. General Damelin hat seine Kommandobefehle nach Qaida verlegt. Die Garnison von Qaida wird so schnell wie möglich nach Damasus zurückgeführt. Die Deutschen haben sich nach allen Richtungen hin zerstreut. Die französischen Verluste sind außerordentlich gering.

### Stille Zwischenfälle in Shanghai.

Die streikenden Angestellten einer japanischen Baumwollspinnerei weigerten sich, das Fabrikgebäude zu verlassen. Die Direktion nahm die Hilfe chinesischer Soldaten in Anspruch, um das Gebäude räumen zu lassen. Die Streikenden leisteten Widerstand. Das Militär feuerte, wobei 9 Personen, darunter drei Frauen verletzt wurden.